

Pressemitteilung vom 08.August 2014

Appell an die Vernunft: Schulden abbauen - Prestigeprojekte aufgeben

Wir, die BI "Konversion statt BuGa" fordern die Stadt Mannheim auf, nach Ablauf der 3jährigen Bindungsfrist an den Bürgerentscheid die BuGa-Pläne aufzugeben.

Angesichts eines Schuldenstandes von rund 2 Milliarden Euro ist eine BuGa nicht zu verantworten, weil die geplante Bundesgartenschau in Mannheim zu weiterer Verschuldung führen wird.

Die BuGa-Befürworter haben mit dem Hinweis auf die BuGa Heilbronn auf der Einnahmenseite 41 Millionen Euro Landesmittel eingeplant. Mittlerweile ist es allerdings klar, dass die BuGa-Förderung in Heilbronn bei weitem nicht so üppig ausfällt, sondern eher bei 30 Millionen oder noch weniger liegen wird. (vgl. auch Berichterstattung in der Heilbronner Stimme)

Wir hatten der Finanzierungsrechnung der BuGa-Befürworter ohnehin nie geglaubt. Denn angesichts der Schuldenbremse, die auch das Land Baden-Württemberg einhalten muss, ist ein solch hoher BuGa-Zuschuss für Mannheim nicht zu erwarten und der BuGa-Traum wird platzen wie eine Seifenblase.

Wir kritisieren, dass bei einer derart hohen Verschuldung Millionenbeträge für Maßnahmen ausgegeben werden, die keinen erkennbaren Nutzen bringen werden.

Dazu gehört die geplante Straßenverlegung der Straße "Am Aubuckel", die einzig und allein wegen der BuGa erforderlich wäre. Durch die Straßenverlegung erhöht sich weder die Leistungsfähigkeit des Mannheimer Straßennetzes noch wird Mannheim dadurch grüner. Im Gegenteil: dadurch würden viele Kleingärten zerstört werden. Auch sonst wird die Bundesgartenschau für die Stadt Mannheim vor allem eines bedeuten: hohe Ausgaben, die zu neuen Schulden führen werden.

Ist Geldverschwendung in Zeiten gut gefüllter Kassen schon nicht sinnvoll, rennt die Stadt bei Schulden von rund 6.900 Euro pro Einwohner mit ihren Prestigeprojekten wie z.B. der BuGa, sehenden Auges in die Katastrophe.

Noch ist es möglich, nach der dreijährigen Bindungsfrist des Bürgerentscheides (also in zwei Jahren) aus der BuGa auszusteigen. Entsprechende Ausstiegsklauseln hat die Stadt glücklicherweise in die Verträge mit der Bundesgartenbaugesellschaft aufgenommen.

Das Spinelli-Gelände kann im Laufe der Jahre auch ohne BuGa behutsam und kostenschonend in einen Grünzug verwandelt werden, so wie das im angrenzenden Bürgerpark bereits erfolgreich praktiziert wird. Hierfür würde es auch die bislang immer weniger vorhandene Unterstützung der Bevölkerung geben.